# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Abonnementspreis
[illegible] Mk. 2.70. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 7 Mk. pro Monat.

Redaktion
Zwingerstraße 21, 2 Tr.
Sprechstunde
nur Montags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Nr. 3466.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Inserate
werden bis 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet und bei mindestens dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 21, part.
Geschäftsstelle von morgens 8 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Nr. 1796.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 9. | Dresden, Montag den 13. Januar 1908. | 19. Jahrg.


## Wahlrechtskundgebungen in Berlin.

**Berlin, 12. Januar.**

Auf der Straße hat das arbeitende Volk von Berlin am Sonntag dem Fürsten Bülow die Antwort auf die Herausforderung des 10. Januar erteilt. Die Absicht der Polizei, Straßendemonstrationen mit Gewalt zu verhindern, hat Unter den Linden und in anderen Teilen der Reichshauptstadt zu Zusammenstößen geführt, die nur dazu dienen werden, den Eindruck der gewaltigen Kundgebungen zu vertiefen.

**Niederreiten und Niederhauen**

ist die Methode, mit der Bülow die Anhänger des im Reiche geltenden Wahlrechts zu bekehren gedenkt. Der Erfolg ist ein anderer, als er sich ihn dachte. Es wird in Berlin und in Preußen keine Ruhe mehr sein, solange nicht dieses wahlrechtsfeindliche Regierung hinweggefegt ist.

Zum zweitenmal binnen wenigen Tagen hat das Volk von Berlin auf der Straße exerziert. Diesmal in verzehnfachter Masse. Es kam nicht, um zu zerstören, nicht um Personen oder Sachen Schaden zuzufügen, sondern um durch sein bloßes Erscheinen der Regierung und der herrschenden Kaste zu zeigen, daß es von seiner Forderung des gleichen Bürgerrechts niemals abstehen wird. Das Volk hat keine Gewalttaten verübt und will keine verüben, es hat auch am 12. Januar kein anderes Blut vergossen als sein eigenes. Die Polizei wird mit der Zeit lernen, daß sie durch Anwendung brutaler Methoden nur schadet, reizt und erbittert, aber gar nichts erreicht.

**Die Protestversammlungen.**

Für mittag 12 Uhr hatte die sozialdemokratische Partei abermals zweiundzwanzig Protestversammlungen einberufen, die, wie selbstverständlich, massenhaft besucht waren. Alle Redner sprachen sich in der schärfsten Weise gegen die wahlrechtsfeindliche Regierung Bülow aus, deren Sturz erst dem Volke im Kampf um sein Recht freie Bahnen öffnen wird. Lautende Rufe: „Abzug Bülow!" wurden laut. Zwischen ½9 und 2 Uhr waren die Versammlungen zu Ende. Die Teilnehmer und andere große Volksmassen unternahmen nun, in lose Gruppen zerstreut, einen

**Spaziergang nach den Linden.**

Die Polizei schien indes der Meinung zu sein, daß es den Arbeitern der Vorstädte überhaupt nicht erlaubt sei, die durch höfische Empfänge geheiligte Prunkstraße Berlins zu betreten.

**Die ganze innere Stadt war gesperrt,**

größere Trupps wurden unweigerlich zurückgewiesen und mußten auf verschlungenen Umwegen zu ihrem Ziel zu gelangen suchen. Dadurch entstanden in allen Stadtteilen ungeheure Stauungen der Massen. Hochrufe auf das Wahlrecht, Entrüstungsrufe gegen die Regierung brandeten tausendstimmig an das behelmte Spalier und immer wieder stiegen die Klänge des Wahlrechtsliedes zum grauen Winterhimmel empor. An einigen Stellen traten die Schutzleute den Massen

**mit blanker Klinge**

entgegen. So geschah es am Friedrichsgracht, nahe dem

**königlichen Schlosse.**

Hier wurde blindlings eingehauen, es gab zahlreiche Verletzte. Ein Mann wurde in die Spree geworfen und nicht ohne Mühe gerettet.

Aehnliche Szenen spielten sich an anderen Stellen ab. Ein zunächst unkontrollierbares Gerücht spricht von 40 bis 50 Verletzten.

**Unter den Linden**

herrschte bis ungefähr 1 Uhr ziemliche Ruhe. Um diese Zeit begannen größere Massen aufzutauchen und sich zunächst bei dem Opernhaus, in der Nähe des Schlosses, anzusammeln. Die Stimmung war höchst friedlich. Man betrachtete das bunte Bild der Schloßwache und wurde bald auf einen niedlichen kleinen Jungen aufmerksam, der im Fenster des kronprinzlichen Palais stand und vergnügt über den Anblick so vieler Menschen in die Hände klatschte. Dieser kleine Mann soll einmal Kaiser von Deutschland werden, wenn seine Vorfahren durch ein kluges und volksfreundliches Regiment ihm sein Erbe zu erhalten wissen. Zwischen dem Kleinen und der Menge entwickelte sich bald eine fröhliche Zeichentelegraphie, aber die idyllische Szene erfuhr jählings eine gewaltsame Unterbrechung.

Vom Opernhaus klang es herüber:

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
In dem wir siegen. Nun wohlan!

Da kam plötzlich von der Schloßbrücke ein kleines Kavallerieregiment berittener Schutzleute herangesprengt, ritt auf die Bürgersteige und drängte die Masse rücksichtslos teils auf den Opernplatz, teils den weiteren Zug der Linden entlang. Erbitterte Rufe erschallten, einige Personen wurden überritten, zahlreiche zertretene Hüte bedeckten das Schlachtfeld. Bald darauf waren die Linden von der Friedrichstraße bis über das königliche Schloß hinaus abgesperrt; kein Mensch durfte mehr passieren.

Der Verkehr Unter den Linden war von nun ab auf den verhältnismäßig engen Raum zwischen der Friedrichstraße und dem Zuge der Neustädtischen Kirchstraße beschränkt, dieser wurde in der Zeit von 2 bis 4 Uhr zum Schauplatz sich immer wieder wiederholender

**gewaltiger Demonstrationen.**

Immer wieder sammelten sich hier Tausende und Abertausende von Menschen an, immer wieder dröhnte es:

**Hoch das Wahlrecht! Fort mit Bülow!**

Immer wieder aber kamen die Berittenen herangesprengt, faßten größere Trupps zusammen und drängten sie nach der Neustädtischen Kirchstraße ab. Kaum aber hatten sie ihre Danaidenarbeit scheinbar beendet, als schon wieder in ihrem Rücken das Wahlrechtslied erklang und schon wieder der tausendstimmige Ruf brauste:

**Weg mit dieser Regierung! Heraus mit dem Wahlrecht!**

Nun begann die „Säuberungsarbeit" wieder, um, sobald sie beendet war, aufs Neue zu beginnen. Plötzlich klang auch, es war etwa gegen ½4 Uhr, aus der Friedrichstraße Massengesang. Auf irgend eine bisher unerklärte Weise war es abermals Tausenden gelungen, sich zu sammeln und Unter die Linden zu gelangen. Die Polizei ritt abermals ein, die Pferdehufe klirrten auf den Bürgersteigen, selbst in der Passage, deren eiserne Türen sich bald schlossen. Das rücksichtslose Vorgehen der Männer zu Roß hatte inzwischen große Erregung hervorgerufen. Die Polizei und eine vorbeirollende Hofequipage wurden mit Rufen der Erbitterung bedacht. In der Equipage aber saß dasselbe kleine Menschenkind, mit dem sich die Massen wenige Stunden zuvor so freundschaftlich unterhalten hatten. Die Rufe verstummten rasch, als man den kleinen harmlosen Knaben erblickte.

Noch einige Male rollte die Woge der Demonstration auf und nieder, gegen 4 Uhr ebbte sie ab. Die organisierten Arbeiter verließen den Schauplatz, auf dem sie sich ebenso männlich wie entschlossen und besonnen betragen hatten.

Gerüchte sprechen von tumultuarischen Szenen, die sich in später Abendstunde an verschiedenen Stellen der Stadt zugetragen haben sollen. Es wird abzuwarten sein, ob sie richtig sind, es steht aber jetzt schon fest, daß die Schuld an ihnen ausschließlich die verkehrten Maßnahmen der Polizei tragen. Nicht durch Reiten, Rennen, Schießen, Hauen und Stechen wird an großen politischen Tagen die Ordnung aufrecht erhalten werden, sondern nur durch die unverbrüchliche Disziplin der organisierten Massen kann sie gewährleistet werden.

Der 12. Januar 1908 ist ein großer Tag in der Geschichte des deutschen Proletariats und der preußischen Arbeiterbewegung gewesen. Es gibt jetzt keinen andern Weg als den: Weiter und vorwärts über eine volksfeindliche Regierung hinweg zum freien Wahlrecht!

Die große Wahlrechtskundgebung des 12. Januar beweist den Machthabern, daß die Arbeiterschaft vom festesten Entschluß beseelt ist, für ihr gleiches Recht im Staat rücksichtslos zu streiten!

* * *

## Aus den Mitteilungen der bürgerlichen Nachrichten-Bureaus.

**Berlin, 12. Januar.** In Berlin und in den Vororten fanden heute mittag zahlreich besuchte Volksversammlungen statt. Dieselben waren von der sozialdemokratischen Parteileitung einberufen, um gegen das Wahlrecht in Preußen zu protestieren. In sämtlichen Versammlungen wurde unter großer Begeisterung eine gleichlautende Resolution angenommen. Nach den Versammlungen zogen aus den verschiedensten Lokalen einzelne Trupps nach dem Schlosse hin. Da aber von der Polizei, wie der Berliner Polizeipräsident vorher angekündigt hatte, umfassende Vorkehrungen getroffen worden waren, so waren die Straßen und Plätze um das Schloß herum von zahlreicher Schutzmannschaft besetzt, so daß es zu keinen Demonstrationen vor dem Schlosse kam. Nur am Friedrichsgracht kam es zu einem etwas ernsteren Zusammenstoß, weil die Volksmenge versuchte, die polizeilichen Absperrungen zu durchbrechen, um über die Brücke nach dem Schloß zu gelangen. Die Polizisten machten von der Waffe Gebrauch, jedoch soll es nur einige Verwundete gegeben haben. Wie verlautet, sollen auch aus der Menge zwei Revolverschüsse auf die Polizisten abgegeben worden sein, die jedoch fehlgingen.

**Berlin, 12. Januar.** Sämtliche Versammlungen waren überfüllt. Mehr als 50 000 Personen waren auf den Beinen. Nachdem die Versammlungen meistens gegen 1½ Uhr geschlossen worden waren, drängte die Menge nach dem Innern der Stadt zu, hauptsächlich nach der Straße Unter den Linden. Die von der Polizei auseinandergesprengten Trupps versuchten immer wieder, sich zusammenzuschließen. Sie sangen die Arbeitermarseillaise. Im allgemeinen zeigten sich zehn große Züge, von denen jeder Tausende von Personen zählte. An den Demonstrationen nahmen insgesamt 80 000 Personen, einschließlich der Versammlungsbesucher, teil.

Bei acht Zügen gelang es der Polizei ohne besondere Mühe, die Teilnehmer auseinanderzusprengen. Zwei besonders große Trupps dagegen, die ebenfalls dem Kgl. Schlosse zustrebten, konnten nur mit äußerster Anstrengung der Polizeimannschaften abgedrängt werden. Am Friedrichsgracht, nahe der Gertraudenbrücke, kam es sogar zu ernsten Zusammenstößen, wobei es mehrfach blutige Köpfe gab. In der Friedrichstraße, zwischen der Leipzigerstraße und Unter den Linden zogen nachmittags große Trupps meist junger Leute umher, die laut johlten und Schmährufe auf den Fürsten Bülow ausstießen und gegen 5½ Uhr von der Polizei, die beritten und zu Fuß erschien, mit blanken Säbeln mehrmals auseinandergetrieben wurden.

Im Laufe des Nachmittags haben die Ansammlungen erheblich abgenommen. Insgesamt ist es etwa an fünf oder sechs Stellen zu Zusammenstößen gekommen, wobei einige Beamte und mehrere Demonstranten Verletzungen erlitten.

## Kundgebungen in anderen Städten.

**Berlin, 13. Januar.** An verschiedenen Orten fanden gestern ebenso wie in Berlin Wahlrechtsdemonstrationen statt, die aber durchweg ohne besondere Zwischenfälle verliefen, so in Kassel, Essen, Köln, Frankfurt a. M., Bochum, Düsseldorf, Flensburg, Altona und Breslau.

*

**Breslau, 12. Januar.** (Bureau Hirsch.) In Breslau fanden heute mittag 13 sozialdemokratische Versammlungen statt. Auf der Tagesordnung stand die Antwort der Regierung auf die Wahlrechtsforderung des Volkes. Sämtliche Versammlungen waren überfüllt und mußten zum Teil polizeilich abgesperrt werden. Nach den Versammlungen zogen die Arbeitermassen aus den verschiedenen Versammlungslokalen zum Ring, wurden hier aber von der Polizei, die das Rathaus mit einer Schutzmannskette umzogen hatte, in die Nebenstraßen abgedrängt. In der Schweidnitzerstraße ballte sich die Menschenmenge zusammen, so daß der Straßenverkehr vollständig stockte. Vor dem Hause der Schlesischen Zeitung kam es zu einer gewaltigen Demonstration, Wahlrechtsrufe wurden laut. Dazwischen tönte der Ruf: „Nieder mit Bülow!" Auch hier wurde die Menge schließlich von der Polizei in die Nebenstraßen abgedrängt. In sämtlichen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der die sofortige Beseitigung Bülows und des Ministeriums als den Trägern und Verteidigern des Geldsackwahlrechts, gefordert wird.

*

## Stellungnahme der Freisinnigen zu Bülows Erklärung.

**Berlin, 12. Januar.** Die linksliberalen Fraktionsgemeinschaften des Reichstages und des preußischen Landtags haben am Sonnabend in eingehender Beratung über die durch die Erklärung der preußischen Regierung zur Wahlrechtsfrage geschaffene politische Lage verhandelt. Alle Fraktionen erachteten einmütig diese Erklärung als eine völlig unzureichende Antwort auf die Forderung einer baldigen und gründlichen Reform des unhaltbaren und ungerechten Klassenwahlsystems und der veralteten Wahlkreiseinteilung, und dies um so mehr, als die Erklärung im Widerspruch steht zu der vom Reichskanzler Fürsten Bülow wiederholt ausgesprochenen Auffassung, daß den liberalen Anschauungen mehr Geltung als bisher im Staatsleben eingeräumt werden muß. Die freisinnigen Fraktionen des preußischen Abgeordnetenhauses haben beschlossen, nachdrücklich für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen zu wirken und einen Ausschuß zur planmäßigen und einheitlichen Bekämpfung des bestehenden preußischen Wahlrechts einzusetzen.

Dieser Beschluß zeigt die ganze Verzweiflung des Freisinns, der sich durch den Anschluß an die Bülowsche Blockpolitik in die elendeste Situation gebracht hat. Der Beschluß muß zugestehen, daß die Erklärung Bülows nicht nur eine „unzureichende Antwort" ist, sondern daß sie im Widerspruch steht zu den Zusagen, die Bülow den Freisinnigen gemacht hat, um sie zum Eintritt in seine Blockkombination zu verleiten. Gleichwohl zieht der Beschluß nicht die selbstverständliche Schlußfolgerung, daß die freisinnigen Parteien nunmehr nicht länger mit Bülow gemeinsamen Weges gehen können. Der sogenannte „Freisinn" will weiter mit einer Regierung gehen, von der er selbst sagt, daß sie in der wichtigsten politischen Frage ihre Versprechungen gebrochen habe. Es wird Sache der bisherigen freisinnigen Anhängerschaft sein, ob sie diese verderblichen Wege weiter begehen will.

*

## Die Rebellion des Linksliberalismus.

**Barth erhebt die Fahne der Empörung.**

Zu Freitag abend hatte der Sozialliberale Verein, in dem sich alle „anrüchigen" Elemente des Berliner „Alphalliberalismus" vereinigen, eine Versammlung einberufen, um zur Regierungserklärung Stellung zu nehmen. Der geräumige Saal war überfüllt, zum Teil auch von unseren Genossen besetzt.

Der Vorsitzende nannte in seiner Eröffnungsrede die Erklärung Bülows eine Provokation und ersucht die Versammlung, „trotz ihrer begreiflichen Erregung" um Ruhe. Dann referierten die Abgeordneten Hoff und Gothein. Sie erklärten die Antwort der Regierung für absolut unbefriedigend, Gothein verhehlte nicht seine Ueberzeugung, daß ein etwa künftig zu inszenierender Wahlrechtsstreik die sympathische Unterstützung des Bürgertums verdienen würde und schloß mit den Worten:

Der eine fragt: „Was kommt danach?"
Der andre: „Was ist recht?"
Und dadurch unterscheidet sich
Der Freie von dem Knecht.

Dann ergriff Genosse Paul Hirsch das Wort, um namens der Partei unter donnerndem Beifall zu erklären:

**Der Kampf um das Wahlrecht ist von heut ab ein Kampf gegen die Regierung. Wir rufen: Hoch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht! Fort mit Bülow!**

Dann nahm Dr. Theodor Barth das Wort, er sagte:

**Fürst Bülow hat sich nicht einmal die Mühe genommen, höflich zu sein. Er dachte: diese Freisinnigen fressen mir doch aus der Hand. Nur über eines hat er sich deutlich ausgesprochen: Kein Reichstagswahlrecht, kein geheimes Wahlrecht solange dieser Fürst Bülow am Ruder ist. Die Rolle, die Bülow dem Freisinn im Block zugewiesen hat, ist die des dummen August. Für eine Partei, die noch einen Funken Ehre im Leibe hat, gibt es auf diese flagrante Beleidigung nur eine Antwort: „Krieg bis aufs Messer gegen diesen leitenden Mann, der uns eine solche Schmach angetan hat!"**

Diese Worte, die mit tiefster innerer Erregung gesprochen wurden, beantwortete die Versammlung, indem sie sich spontan erhob und dem Redner eine stürmische Ovation darbrachte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080113/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG